

**“Mama, ich weiß gar nicht mehr, wie das Leben vor Corona war.
Geht Corona überhaupt irgendwann weg?”**
(Kind, 7 Jahre)

„Familien in der Krise“ setzen sich als Expert*innen bei der Kinderkommission des Deutschen Bundestages für Kinder und Familien ein.

04. November 2020 - Der Alltag vieler Familien ist derzeit von Unsicherheit und Sorge, Wut, Ohnmacht und Verzweiflung geprägt. Die Initiative „Familien in der Krise“ und andere Expert*innen berichteten und berieten am 4. November in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages über die schwierige Situation von Familien in der Corona-Pandemie.

Was bedeutet eigentlich Kindheit oder Jugend in der aktuellen Zeit? Was machen die Verordnungen und neuen Verhaltensregeln mit den jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft? Wie gehen Eltern mit den enormen Belastungen um, die diese unsichere Zeit mit sich bringt? Und wie gut funktionieren Hilfesysteme unter Pandemie-Bedingungen? Diese Fragen haben Zarah Abendschön-Sawall und Ayse Dalhoff von der Initiative „Familien in der Krise“ gemeinsam mit Prof. Dr. Nikolaus Meyer, Fachbereich Sozialwesen an der Hochschule Fulda, und Prof. Dr. Gunda Voigts, Department Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, diskutiert.

Kindergesundheit ist mehr als die Abwesenheit von COVID-19

„Toben, singen, Spielzeug und Essen teilen, Oma und Opa besuchen, Pyjamapartys, abhängen mit Freunden, der erste Kuss: Das alles ist teilweise nicht nur offiziell verboten, sondern wird als quasi ‚lebensgefährlich‘ eingestuft“, erklärt Zarah Abendschön-Sawall. Es wurde immer noch nicht ausreichend untersucht, welche Auswirkungen diese neue Normalität auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat. Auf Kleinkinder, die automatisch zurückweichen, wenn jemand den Abstand von anderthalb Metern unterschreitet. Auf Jugendliche, deren Treffen mit Gleichaltrigen kriminalisiert werden. Auf Grundschüler, die ihren Eltern den Gute-Nacht-Kuss verwehren mit den Worten: „Nein Mama! Keine Küsse mehr bis Corona vorbei ist!“

Natürlich sieht auch „Familien in der Krise“ die Notwendigkeit, mit umfassenden Maßnahmen die Pandemie in den Griff zu bekommen. Allerdings kritisiert die Initiative, dass die besonderen Rechte und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in den Entscheidungen bisher viel zu wenig Beachtung gefunden haben. Denn, so erklärt Ayse Dalhoff in der Kinderkommission: „Kindergesundheit ist mehr als die Abwesenheit von COVID-19, andere physische und psychische Aspekte spielen eine ebenso wichtige Rolle.“

Prof. Dr. Gunda Voigts führt hierzu aus, dass aufgrund der Maßnahmen wichtige Entwicklungsschritte verpasst werden könnten, für die es in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nur ein bestimmtes Zeitfenster gibt. Ein Beispiel ist der Weg in die Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit, bei dem für Jugendliche der Kontakt zur ihrer Peer Group notwendig ist. Aber auch kleine Kinder lernen viel von und im Umgang mit Gleichaltrigen. Prof. Dr. Nikolaus Meyer berichtet von Problemen aus der Sozialhilfe. Die Corona-Maßnahmen erschweren die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte enorm. Beratungen finden oftmals nur über Telefon oder Online-Tools statt, so könnten Kinder und Jugendliche oft nicht erreicht werden. Hinzu kommt, dass viele aus Angst vor der Reaktion ihrer Eltern nicht offen am Telefon über Probleme sprechen.

„Ist der Kindergarten jetzt geschlossen, weil ich mir nicht gut genug die Hände gewaschen habe?“

Die zwar wissenschaftlich inzwischen widerlegte, jedoch stets wiederholte, Bezeichnung von Kindern als „Virenschleudern“ sorgt dazu für eine Stigmatisierung, die wiederum weitreichende Konsequenzen nach sich zieht. Mit emotionalem Druck und dem Schüren von Ängsten werden vielerorts Kinder zum strikten Befolgen der Regeln ermahnt. „Wer möchte schon schuld sein, wenn in der Familie eines Mitschülers jemand an Corona stirbt, weil man selbst zu doof oder zu uncool war, die Regeln einzuhalten!“, schrieb ein Schulleiter in einem Brief an die Schüler*innen.

„Viele Kinder können die Verantwortung, die wir ihnen durch nicht kindgerechte Hygiene- und Verhaltensregeln auferlegen nicht tragen und fühlen sich schuldig“, berichtet Zarah Abendschön-Sawall in der Expertenanhörung. Ein vierjähriger Junge nach positivem Testergebnis und Quarantäne-Anordnung: „Ist der Kindergarten jetzt geschlossen, weil ich mir nicht gut genug die Hände gewaschen habe?“

„Familien in der Krise“ kritisiert mit Nachdruck, dass die verantwortlichen Politiker auch nach einem Dreivierteljahr immer noch keine passenden Konzepte entwickelt haben, die sowohl einen effektiven Gesundheitsschutz als auch eine kindgerechte und pädagogisch hochwertige Bildung bzw. Betreuung gewährleisten. „Wir begrüßen, dass Schulen und Kitas im aktuellen Lockdown geöffnet bleiben“, so Ayse Dalhoff. „Dennoch braucht es dringend umfassende und kreative Lösungen, um Präsenzunterricht und somit das Recht auf Bildung langfristig sicherzustellen. Insbesondere Familien mit weniger Ressourcen oder Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf trifft die Krise am härtesten.“ Neben der immer größer werdenden Bildungsschere sind vermehrter Medienkonsum, Apathie, Aggressivität, aber auch Auffälligkeiten wie Nägelkauen, Einnässen oder Stottern die negativen Folgen unserer neuen Normalität.

Häusliche Isolation von Kindern noch immer an der Tagesordnung

Insbesondere eine Quarantäne bedeutet massive Einschränkungen für Familien. „14 Tage isoliert zu Hause sein zu müssen, ist vor allem für kleinere Kinder unvorstellbar lang“, macht Zarah Abendschön-Sawall deutlich. „Auch bei den Eltern entstehen Angst, Verunsicherung, es herrscht Druck wegen Lohn- und Arbeitsausfall. Dieser Ausnahmezustand kann in Familien zu dramatischen Folgen wie häusliche Gewalt führen.“

Zudem ordnen Gesundheitsämter noch immer die Isolation von Kindern innerhalb ihrer eigenen Familien an - ein Vorgehen, auf das „Familien in der Krise“ schon lange

aufmerksam macht und das von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Jugendämter als unverhältnismäßig sowie vom Kinderschutzbund als psychische Gewalt eingestuft wurde. Dabei sind ein Großteil der Kinder lediglich in Quarantäne, weil sie als Kontaktperson 1 einer bestimmten Kohorte zugeordnet wurden - ohne eine Einzelfallverfolgung durchzuführen.

Zarah Abendschön-Sawall und Ayse Dalhoff von „Familien an der Krise“ appellieren an die Verantwortlichen: „Die Rechte und Bedürfnisse von Familien müssen endlich stärker bei politischen Entscheidungen berücksichtigt und strukturiert verankert werden. Dafür sollten verschiedenste Fachexpert*innen einbezogen werden - und natürlich Kinder, Jugendliche und ihre Eltern selbst. Denn Kinder und Jugendliche leiden besonders unter den Einschränkungen der Corona-Maßnahmen. Wir müssen sicherstellen, dass sie sich trotz Pandemie so sicher und gut wie möglich entwickeln können und fordern daher von den Verantwortlichen mehr Solidarität und Empathie für unsere Kinder.“

Kontakt

Heike Riedmann
"Familien in der Krise"
Telefon 0172 6606532
info@familieninderkrise.com

Sina Denecke
"Familien in der Krise"
Telefon 0152 03038732
info@familieninderkrise.com

Familien in der Krise – wer sind wir?

Familien in der Krise – wer sind wir? Familien in der Krise (FidK) ist es gelungen, eine deutschlandweite Initiative für Familien aufzubauen, aktuell mit Landesgruppen in Hessen, NRW, Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Berlin und Niedersachsen. Wir verfolgen das Ziel, Familien und Kinder in das Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. Durch zahlreiche Demonstrationen, Petitionen, Statements sowie Aktionen konnten wir auf die Situation von Familien aufmerksam machen. Daraus resultierten bereits zahlreiche Gespräche mit Politiker*innen aus Bundes- und Landespolitik sowie ein breites Medienecho.

Homepage: www.familieninderkrise.com

Twitter: https://twitter.com/FidK_Bund

Instagram: https://www.instagram.com/familien_inderkrise/

Facebook: <https://www.facebook.com/groups/2652494048366660/>

YouTube-Kanal: https://www.youtube.com/channel/UCB-pvOH58tfNFE6MHL2hL_g

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestags

Die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission, KiKo) gibt es seit 1988. Sie ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das bedeutet, sie ist kleiner als der Ausschuss selbst und hat eine ganz spezielle

Aufgabe: die Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche. Alle ordentlichen Mitglieder der Kinderkommission sind dort ebenfalls vertreten und haben damit einen Zugang zum parlamentarischen Aktionsfeld, den nur ein Ausschuss bieten kann.